

Fazit der stimmberechtigten und stellvertretenden Mitglieder der StadtAG LST zur Amtsperiode 2014 – 2020 in Bezug auf folgende Themen und Handlungsfelder:

Fachstelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen

Trotz der im Berichtszeitraum erfolgten Änderungen der Organisationsstruktur der Fachstelle, die zu einer Eingliederung in das neu geschaffene Amt für Integration & Vielfalt, in der Abteilung Vielfalt - Fachstelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen, führte, war die Zusammenarbeit zwischen stimmberechtigten Mitgliedern und den Mitarbeiter*innen der Fachstelle konstruktiv.

Angesichts der Vielzahl der Themen und der damit zusammenhängenden Abstimmungsprozesse – verwaltungsintern und mit den betreffenden Communities – sind die erzielten Ergebnisse der verschiedenen Beratungsprozesse der Stadt AG und ihrer Arbeitsgruppen einerseits als Erfolg zu bezeichnen, andererseits reicht die personelle Infrastruktur der Fachstelle ebenso wenig aus, wie die Projektförderung der von den stimmberechtigten Mitgliedern als ausreichend zu bezeichnend ist. Bereits die von der Stadt AG gewünschte Wirtschaftsstudie, die von der Stadt Köln finanziert wurde, schreibt 2019 in ihrem Fazit u.a.: „Die Verbindungen und Netzwerke zwischen der Kölner Verwaltung und der Kölner LSBTIQ-Community gilt es auch in Zukunft zu pflegen und weiter auszubauen (....) Grundvoraussetzung dafür ist u.a. auch eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der städtischen Fachverwaltung, die für die Zusammenarbeit mit der LSBTIQ-Community zuständig ist.“ Aus Sicht der stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG sind weder die personelle noch die finanzielle Ausstattung ausreichend!

Kampagne zur Erhöhung der Anzeige-Bereitschaft

Der Beschluss der stimmberechtigten Mitglieder, die Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft umzusetzen, stammt vom 04.12.2018. Dem vorausgegangen ist ein etwa zweijähriger Diskussionsprozess in der Arbeitsgruppe „Dialog mit der Polizei“, an dem auch Vertreter*innen der Kölner Polizei teilgenommen haben. Allein der Diskurs in der Arbeitsgruppe hat bewirkt, dass Vertreter*innen der stimmberechtigten Mitglieder und der Polizei in einem konstruktiven Diskurs ein beachtliches gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufgebaut haben, das in der Folge sowohl in der Community, als auch in den Strukturen der Polizei mit Interesse wahrgenommen worden ist.

Mit der Verabschiedung des Kampagnenvorschlags am 04.12.2018 anhand eines vorgelegten Konzeptes zur Umsetzung hat die Fachstelle sich um eine Finanzierung der Kampagnenkosten bemüht. Die schließlich erfolgte Finanzierungszusage der Stadt wurde durch die Beschränkung der Haushaltsmittel in der Folge der Corona Pandemie zurückgenommen. Jedoch hat die Oberbürgermeisterin in der Sitzung der StadtAG LST am 16.06.2020 eine Finanzierungsmöglichkeit in Höhe von 10.000 € in Aussicht gestellt. Bis zum 19.08.2020 konnte allerdings keine kostendeckende Finanzierung erreicht werden, so dass die Vertreter*innen der stimmberechtigten Mitglieder am 20.08.2020 abschließend entschieden haben, dass wegen der fehlenden finanziellen Ressourcen, des entstandenen Zeitdrucks und der hohen Belastung durch Corona bei allen beteiligten Community Partner*innen, eine Umsetzung der Kampagne in 2020 nicht mehr möglich ist. Sehr konkrete Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit – auch bei der Umsetzung von Projekten – finden sich im Fazit der Wirtschaftsstudie im Kapitel 6.2. Wo besteht Handlungs- und Forschungsbedarf, damit Köln (noch mehr) vom Wirtschaftsfaktor LSBTIQ profitieren kann? (Seiten 50-54)

Studie LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln

Der Weg der Studie „LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln“ von September 2012 bis zu ihrer Erstellung 2017 und der Veröffentlichung 2019 war nicht von Effizienz und Schnelligkeit geprägt.

Anlage 2

Trotzdem entschädigten die erhobenen Zahlen, Daten und Fakten und die daraus resultierenden Interpretationen der Studie den Aufwand. „Die nun vorliegenden Ergebnisse belegen, dass Köln von einem weltoffenen und toleranten Image und dem bundesweiten Ruf als Hochburg von Lesben und Schwulen in mehrfacher Hinsicht auch wirtschaftlich profitiert“ (s. PM der Stadt Köln). So sind die Ergebnisse der Studie zugleich auch Aufgabe und Verpflichtung für die Stadt Köln. Zitate aus der PM:

- 95 Prozent der befragten Unternehmen sind der Ansicht, dass die Kölner LSBTIQ-Community einen wesentlichen Anteil daran hat, dass Köln als weltoffen und tolerant wahrgenommen wird.
- 94 Prozent der befragten Unternehmen bestätigen, dass der tolerante Umgang mit Lesben und Schwulen in Köln etwas ist, was die Stadt positiv von anderen Städten abhebt.
- Weltoffenheit und Toleranz werden von den Unternehmen als wichtige Standortvorteile für Köln bewertet. So stimmen 86 Prozent der befragten Unternehmensvertreterinnen und -vertreter der Aussage zu, dass "Weltoffenheit und Toleranz Köln attraktiver für hochqualifizierte Fachkräfte machen".

Da Weltoffenheit, Toleranz und Diversitätsaspekte aktiv gestaltet werden müssen und keine Selbstläufer sind, können wir als Stadtarbeitsgemeinschaft LST folgende Arbeitsaufträge für die kommende Zeit benennen:

- Personelle Anpassung der Fachstelle an die wirklichen Bedarfe der Community (10,6% Bevölkerungsanteil)
- Anpassung des Haushalts an die entsprechenden besonderen Bedarfe der Community
- Stetige Weiterführung der Studie und differenzierte Befragung von Untergruppen (Senior*innen, Jugend, Wirtschaft)
- Vernetzung und Zusammenführung mit den Ergebnissen des Aktionsplans

Nur in der konsequenten Weiterführung der Studie und der personellen und finanziellen Ausstattung der Fachstelle kann die Stadt Köln die aus der Studie erkannten Standortvorteile bewahren und ausbauen. So sagt die OBin Henriette Reker:

„Wir lernen aus der Studie, wie wichtig es ist, dass uns dieses vielfältige, weltoffene und tolerante Klima in Köln auch in Zukunft erhalten bleibt“.

Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Der Erarbeitungsprozess zum Aktionsplan war geprägt von einem intensiven und lebhaften Austausch, von zahlreichen Dialogen und Diskussionen – er war aber auch spürbar getragen von dem gemeinsamen Ziel aller Beteiligten, Akzeptanz gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu fördern und Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und intergeschlechtlichen sowie queeren Personen den Respekt und die Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, die alle Menschen verdienen. Leider hat die Rückkopplung der Maßnahmenvorschläge mit den zuständigen Fachämtern der Stadtverwaltung aufgrund einer vakanten Stelle und generellen Unterbesetzung in der Fachstelle LSBTI unverhältnismäßig lange gedauert und ist für viele engagierte Beteiligte frustrierend. Momentan rechnen wir mit einer Fertigstellung des Aktionsplanes bis Ende 2020. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem erarbeiteten Aktionsplan dem gemeinsamen Ziel ein großes Stück näher kommen werden. Er wird nicht der Endpunkt der Entwicklung der vergangenen Jahre sein. Vielmehr ist seine Umsetzung als ein offener und fortlaufender Prozess zu verstehen, in dem bestehende Initiativen weiterentwickelt und neue, innovative Vorhaben ermöglicht werden. Der Aktionsplan ist allerdings nicht nur politische Zielbestimmung. Er dokumentiert auch das Ergebnis des breit angelegten Beteiligungsprozesses, in den sich zahlreiche Selbstvertretungsorganisationen aus ganz Köln eingebracht haben. Diesen anspruchsvollen und lobenswerten Weg wollen wir weitergehen und dafür kämpfen, dass die Umsetzung des Aktionsplans für die Verwaltung verbindlich sein wird, damit er für Bürger*innen einklagbar ist.

LSBTI-Austausch mit Aktivist*innen aus den Kölner Partnerstädten

Verwaltung und Ehrenamtliche haben sehr gut zusammengearbeitet bei der Umsetzung der Idee, anlässlich des CSD Aktivist*innen aus jenen Partnerstädten einzuladen, in denen die Situation von LSBTI weitaus fragiler ist als hierzulande. Die Kooperation hat sich bewährt, die Aktion wurde bundesweit wahrgenommen als Signal für Menschenrechte und Sichtbarkeit von Lesben. Das Konzept wurde anschließend durch die Fachstelle LST und Vertreter*innen Stadt-AG LST auf dem 2. Regenbogenparlament 2018 und dem Lesbenfrühlingstreffen 2019 – zu Nachahmung – vorgestellt.

Sichtbarkeit von Lesben in Köln

Die wirkungsstärkste Aktion innerhalb des Handlungsfeldes Sichtbarkeit von Lesben in Köln war die gezielte Einladung lesbischer Aktivistinnen im Rahmen des ColognePride 2017 und 2018. Aus Sicht des AK Lesbische Sichtbarkeit ist diese Aktion fortzusetzen.

Nicht weitergekommen sind wir mit dem Thema Benennung von Straße und Plätzen nach weiblichen Persönlichkeiten, die sich durch ihre Frauensolidarität und / oder den Bruch mit der herkömmlichen Geschlechterrolle auszeichnen. Der Beschlussempfehlung der Stadt-AG Ende 2015 folgten keine relevanten weiteren Aktivitäten. Die Vorstellung des Themas im Beschwerdeausschuss war nicht die richtige Adresse, und die Fachstelle LST hat das Anliegen aufgrund personeller Unterbesetzung nicht voran bringen können.

Das Thema „Sichtbarkeit von Lesben“ muss als ständiger TO erhalten bleiben, denn nach wie vor werden lesbische Interessen zu wenig wahrgenommen – auch in der (medialen) Öffentlichkeit. So verlor der KSTA über den mit 1300 Teilnehmer*innen – in Coronazeiten auf Fahrrädern - durchgeführten, sehr erfolgreichen DykeMarchCologne 2020 keine Zeile!

Alter und Pflege

Entgegen ihrem immer wieder positiv hervorgehobenem Image als Stadt der Vielfalt, hinkt Köln im Bereich der Umsetzung einer lebenswelt orientierten Pflege anderen Kommunen deutlich hinterher. Die Antworten der Sozialbetriebe Köln auf Anfragen des rubicoh e.V. an den Sozialausschuss bzgl. Berücksichtigung von LSBT in der örtlichen Alten- und Pflegeplanung zeigten, dass Handlungsbedarf besteht, allerdings dauern die vorgeschlagenen Schritte der Umsetzungsschritte (z.B. Durchführung einer Fortbildung) eindeutig zu lange.

LSBTI Geflüchtete

Die 14 Forderungen der Stadt AG LST, die bereits 2014 eingereicht wurden, sind in einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit mit der Stadt Köln bis heute 2020 in großen Teilen umgesetzt. Diverse Anfragen wurden zusammen mit den jeweils zuständigen Ämtern und Fachleuten wie den Geflüchteten selber beantwortet. Allerdings ist der bereits von der Stadt Köln positiv beantwortete Punkt „sichere Wohnungen für LSBT-Geflüchtete, die aus dem Raster der bestehenden Wohnmöglichkeiten fallen“ noch offen, da sich keine Trägerschaft für das wichtige Projekt gefunden hat.

Noch ausstehend:

- Beratungsangebot für geflüchtete Trans* und Inter*Personen mit Möglichkeiten für Dolmetscher*innen zu Themen wie Transition, Namens- und Personenstandsänderung, medizinische Versorgung, therapeutische Anbindung, Gruppenangebote
- Finanzierung von Gruppenangeboten für lesbische und bisexuelle Frauen*
- Eigene Räume für Gruppenangebote wie Sofra und andere Selbstorganisierte Projekte
- Möglichkeit der Unterbringung von in Köln auflaufenden LSBTIQ* Geflüchteten ohne Zuweisung nach Köln und damit zusammenhängendes Case-Management

Anlage 2

- Möglichkeit in Einzelfällen eine Vorabzustimmung für Zuweisungen nach Köln für LSBTIQ* Geflüchtete zu erhalten (natürlich unter Anrechnung auf die Aufnahmequote)

Trans*

Trans Personen wählen die Transgeschlechtlichkeit nicht freiwillig. Die meisten durchlaufen folgende Phasen: 1. die Zeit der Zerrissenheit vor dem Coming out , 2. die Transition ins empfundene Geschlecht und 3. die Integration im empfundenen Geschlecht. Die Stadt-AG LST hat sich die Aufgabe gestellt, alle diese Phasen zu unterstützen, denn wie alle Menschen haben trans Personen ein Recht auf eine Versorgung, die ihre körperliche und psychische Gesundheit schützt.

Was haben wir in den letzten vier Jahren erreicht?

- Für trans Personen in Phasen 1 bis 3.): Allein die aktive Beschäftigung der Stadt Köln mit dem Thema "trans" durch die Stadt-AG LST zeigt, dass jede Diskriminierung von trans Personen nicht akzeptiert wird. Das mag z.B. Personen, die mit sich im Zwiespalt leben, bei ihrer Coming-Out-Entscheidung helfen.
- Für trans Personen in Phase 2.) und 3.): 2014 startete eine Initiative, um Unsicherheiten zwischen medizinischem Personal und trans Personen abzubauen. Mit Unterstützung von Frau Reker und Herrn Dr. Rau konnten Kontakte aufgebaut und Informationen getauscht werden. Mittlerweile ist das Thema "trans" in den Ausbildungsthemen der Pflege-Auszubildenden der Uni-Klinik integriert worden.
- Für trans Personen in Phase 2.) und 3.): nach langwierigen Verhandlungen wurden regelmäßige Schwimmzeiten für trans Personen im Köln-Mülheimer Genovevabad eingerichtet.
- Für trans Personen in Phasen 1 bis 3.): Die Wirtschaftsstudie zeigte auf, dass Köln offensichtlich ein Anziehungspunkt für viele trans Personen ist, weil die meisten Einwohner Kölns trans Personen als Teil ihrer Gesellschaft sehen.

Was hätten wir gerne erreicht?

- Nach langen Diskussionen wurde eine Broschüre entworfen, die Personen in Phase 1.) als Leitfaden für ihren Weg hätte dienen können und externen Personen als Verständnishilfe. Dieses Projekt ist gescheitert. Wir hätten uns hier mehr Unterstützung durch die Politik und den zuständigen Verwaltungsstellen gewünscht.
- In früheren Jahren war die Polizei über die Situation von trans Personen in Phase 2 informiert, so dass es bei Kontrollen keine Probleme gab. Diese Informationen hätten wir gerne regelmäßig aufgefrischt, da es ständig neue Polizistinnen und Polizisten gibt. Diese Initiative ist leider gescheitert, da die Führung der Polizei dies nicht mehr unterstützt.
- Die oben genannten Erfolge wurden nur sehr langsam erreicht. Hier wären schnellere Reaktionen aller Ansprechpartner künftig wünschenswert.

Was sind unsere nächsten Ziele?

- Eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit, um Transgeschlechtlichkeit in der Öffentlichkeit weiter als Teil des Menschseins zu zeigen; mit dem Ziel, den Leidensweg vor dem Coming out abzuschaffen oder zumindest abzukürzen.
- Abbau von sprachlichen Barrieren, um das Verständnis zwischen trans - und cis Personen positiv zu gestalten.
- Aufbau von Kontakte zu und Gespräche mit gewissen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die derzeit noch starken Druck auf trans Personen aufbauen und damit das Grundrecht auf psychische Gesundheit ignorieren.
- Ausdehnung der Ausbildung zum Thema "trans" auch auf Altenpflegekräfte